Beschlüsse

zur Drucksachenummer

01052/2023

Verpflichtung zu einheitlichem Verwaltungshandeln bei Stellungnahmen

Beschlüsse:

11.12.2023	Stadtvertretung
036/StV/2023	36. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, bei der Verfassung von Stellungnahmen der Verwaltung einheitliche Maßstäbe bei der Bewertung von Anträgen anzulegen.

Bei Anträgen, die nach § 31 Absatz 2 der Kommunalverfassung M-V Mehraufwendungen oder Mindereinnahmen generieren und keinen Kostendeckungsvorschlag enthalten, ist in jedem Fall in den Stellungnahmen der Verwaltung unter dem Punkt Prüfung der finanziellen Auswirkungen darauf hinzuweisen. Dies gilt sowohl für Anträge, die sich auf Aufgaben des pflichtigen als auch des freiwilligen Wirkungskreises beziehen.

In der Konsequenz muss bei einem fehlenden Kostendeckungsvorschlag der Antrag unter dem Punkt Empfehlung zum weiteren Verfahren unabhängig vom Antragsteller formal abgelehnt werden.

Beschluss:

Die Stadtvertretung lehnt den Antrag ab.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei sieben Dafürstimmen und sechs Stimmenthaltungen abgelehnt